

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 19.03.2013**

Sitzung Nr. 3 Ö	am Dienstag, 19. März 2013
------------------------	-----------------------------------

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte:	Geider Adolf	Köck Siegfried
	Haffner Gerhard	Pfleiderer Susanne
	Hanke Dr. Paul	Rössler Beate
	Hecker Roland	Runde Anneliese
	Heger Roman	Schell Achim
	Heger Rudi	Speckert Benjamin
	Heim Andrea	Speckert Ferdinand
		Stegmüller Reino

Ittensohn Karl

Klemenz Birgit

Weinlein Albert

Protokollführer: Helmut Braun

Gäste: Werner Kleiber, Harry Zorn,
Reiner Kremer, Amt für Flurneuordnung (bei TOP 4 + 5),
Stefan Lenz, Kreisjugendring Rhein-Neckar (bei TOP 7),
Manfred Back, Marco Lehn (bei TOP 8)

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 22:05 Uhr

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 07.03.2013 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 18 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Gemeinderat Walter Götzmann (*),
Gemeinderat Michael Herling (*),
Gemeinderat Tobias Rehorst (*),
Gemeinderat Theo Vetter (*)

Es fehlen unentschuldigt: keine

Es ergehen nachträgliche Glückwünsche zu den Geburtstagen von Gemeinderätin Andrea Heim und Gemeinderat Siegfried Köck.

Sitzung am: Dienstag, 19. März 2013 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 1
Bekanntgabe der am 26. Februar 2013 nicht-öffentlich gefassten Beschlüsse.	
Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 26. Februar 2013	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger gibt die in der Sitzung am 26.02.2013 nicht-öffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

- Ausschreibung der Stelle für die Nachfolge von Herrn Werner Vetter, Kämmerei
- Weiteres Vorgehen bei der Einstellung Fachstelle Zukunft Alter und Soziales
- Entscheidung über die Vergabe von Baugrundstücken der Gemeinde
- Verlängerung des Erbbaurechtvertrages für ein Grundstück der Gemeinde an der Roter Straße

Sitzung am: Dienstag, 19. März 2013 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 2
Bestellung von Urkundspersonen	

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden die Herren Gemeinderäte Roman Heger und Rudi Heger als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Zur Information der Öffentlichkeit weist **Bürgermeister Dr. Eger** darauf hin, dass sich die Behandlung des beim Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ enthaltenen Ergebnisses der Verkehrszählung- bzw. -befragung in einer Information für den Gemeinderat erschöpfe. Das der Gemeinde noch nicht vorliegende Ergebnis soll im April oder Mai im Gemeinderat behandelt werden.

Gleiches gelte für die Lärmkartierung bzw. den Lärmaktionsplan, über deren Ergebnisse zu einem späteren Zeitpunkt berichtet wird.

Sitzung am: Dienstag, 19. März 2013 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 3
Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung	

Ausführungen und Beschluss:

Herr Gerd Bassing, Bürgerinitiative NATUeRlich St. Leon e.V., geht auf die Müllsammelaktion am vergangenen Wochenende ein und regt an, bei den Bänken am Weg entlang des St. Leoner Sees Behältnisse anzu-

bringen, in denen der Müll geworfen werden kann. Er sei diesbezüglich mehrfach angesprochen worden. Herr Bassing geht weiter auf die beim Tagesordnungspunkt 15 enthaltene Information zur Verkehrszählung etc. ein und regt an, die Ergebnisse auch beim „Runden Tisch“ zu diskutieren. Dies sollte vor der sicher vorgesehenen Gesamtinformation im „Harres“ erfolgen, wodurch die beteiligten Gruppen im Vorfeld über Stellungnahmen und Fragen beraten können.

Herr Bassing spricht die Terminierung dieser Informationsveranstaltung an und schlägt vor, mindestens vier bis sechs Wochen vor der Veranstaltung dazu einzuladen. Er erinnert an die Veranstaltung zur Lärmkartierung, zu der relativ kurzfristig eingeladen wurde und die deshalb nur wenige Besucher aufwies. Die frühzeitige Einladung sei notwendig, weil viele Vereins- und andere Termine haben, die koordiniert werden müssten.

Bürgermeister Dr. Eger führt aus, dass sich zunächst der Gemeinderat mit dem genannten Thema befassen müsse. Dabei werde sicher einbezogen, wie die Information der Öffentlichkeit erfolgen kann. Bisher sei nicht vorgesehen gewesen, eine Informationsveranstaltung im „Harres“ durchzuführen. Man werde sich jedoch noch darüber unterhalten.

Zur Einladung zu diesem Termin sei er anderer Meinung und habe sich bereits mit ihm ausgetauscht. Das angesprochene mangelnde Interesse habe wohl auch daran gelegen, dass das Lärmproblem schon öfter behandelt worden war und keiner mehr mit Neuigkeiten gerechnet hat. Generell sei möglich, die Veranstaltung längerfristig anzukündigen.

Auf die Anregung zu den Mülleimern eingehend erklärt **Bürgermeister Dr. Eger**, dass die Verwaltung aufgrund der Erfahrungen in anderen Gemeinden da anderer Meinung sei. Jedem, der Verpackungsreste etc. dabei habe, könne zugemutet werden, diese wieder mit nach Hause zu nehmen. Bereitgestellte Mülleimer regen aufgrund der Erfahrungen in anderen Gemeinden regelmäßig dazu an, Hausmüll darin zu entsorgen. Er spricht die Gemeindegärtnerei an, die dann auch in dem Bereich aktiv werden könne. In diesem Zusammenhang dankt er den Beteiligten an der diesjährigen Aktion für ihren Einsatz.

Frau Monika Hecker spricht für Herrn Lothar Weis, Initiator für rauchfreie Spielplätze, und erklärt, dass die an den Spielplätzen in St. Leon-Rot vorhandenen kleinen Hinweise auf das Unterlassen des Rauchens auf den Spielplätzen durch größere Hinweise ersetzt werden sollen. Durch Sponsoren sei es möglich, diese größeren Hinweise an jedem Spielplatz anzubringen.

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt die Initiative und erklärt, dass dazu bereits Kontakte bestanden haben. Herr Lothar Weis könne sich in der Angelegenheit an das Hauptamt wenden. Er begrüßt die Initiative und hofft, dass dadurch das Rauchen an den Spielplätzen zurückgeht. Er bietet die Unterstützung der Gemeinde bei den Schildern an, falls eines fehlen sollte.

Sitzung am: Dienstag, 19. März 2013 Nr. 3 Ö

Tagesordnungspunkt: 4

Flurbereinigung St. Leon-Rot (L 546)

hier: Änderung des Wege- und Gewässerplans mit landschaftspflegerischem Begleitplan – einfache Änderung Nr. 1 vom 19.02.2013

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger führt in den Tagesordnungspunkt ein und begrüßt Herrn Reiner Kremer, Amt für Flurneuordnung des Landratsamtes Rhein-Neckar-Kreis.

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Herr Reiner Kremer, Amt für Flurneuordnung, informiert, dass es sich dabei um eine einfache Änderung handle, die im Wesentlichen nur den Weg zum alten Wasserwerk umfasse. Alle anderen Änderungen seien redaktioneller Art.

Die **Gemeinderäte Karl Ittensohn, Gerhard Haffner, Ferdinand Speckert, Rudi Heger und Andrea Heim** danken in ihren Ausführungen Herrn Kremer und seinen Mitarbeitern für die im Rahmen der Flurbereinigung geleistete Arbeit und signalisieren für ihre Fraktionen die Zustimmung zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 6.

Gemeinderat Karl Ittensohn begrüßt in seiner Ausführung, dass der Radweg entlang des L 628 realisiert werden konnte und es weiter gelang, den Weg zum alten Wasserwerk bzw. Albertushof in der Flurbereinigung zu berücksichtigen. Erfreulich sei auch, dass es mit Unterstützung der Gemeinde gelungen sei, Geländeabzüge bei den privaten Beteiligten an der Flurbereinigung zu vermeiden.

Auf die Frage von **Gemeinderat Ferdinand Speckert** nach dem Zeitplan informiert **Herr Kremer**, dass einige Baumaßnahmen schon gelaufen sind bzw. noch laufen. In diesem Jahr werde noch der Weg zum alten Wasserwerk bzw. Albertushof, der Radweg entlang der L 628 und der sogenannte Waldrandweg bei der Hundezuchtanlage ausgeschrieben. Die vorläufige Besitzeinweisung werde dieses Jahr bis Martini erfolgen, und anschließend werden die Maßnahmen an den Erdwegen ausgeschrieben und nachfolgend bis 2014 umgesetzt. In 2014 werden die restliche Bau- und Planungsmaßnahmen angegangen und spätestens bis 2015 erledigt. Im Prinzip sei die Flurbereinigung zu Martini 2013 vorbei, obwohl noch parallel und anschließend Verwaltungsarbeiten wie Katasterberichtigungen etc. laufen, die allerdings nach außen nicht bemerkbar sind. Alle Vorgaben, die durch die Flurbereinigung unrichtig geworden waren, sind zu berichtigen und abschließend wird den Teilnehmern nochmals Gelegenheit gegeben, Einspruch einzulegen. Wenn über eventuelle Einsprüche entschieden sei, sei das Verfahren insgesamt beendet.

Bürgermeister Dr. Eger weist noch darauf hin, dass ein durch einen Radweg überbauter Weg über die Umgehungsstraße noch zu korrigieren ist. Er dankt Herrn Kremer und seinen Mitarbeitern, insbesondere Herrn

Jürgen Fauth sowie den Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Änderung des Wege- und Gewässerplans mit landschaftspflegerischem Begleitplan vom 19.02.2013 wird zugestimmt.

Sitzung am: Dienstag, 19. März 2013 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 5
Flurbereinigung St. Leon-Rot (L 546)	
hier: Erweiterung der A 5, Zuteilungsentwurf Land Baden-Württemberg	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger verweist auf die Sitzungsvorlage und erklärt, dass sich durch neue Überlegungen der Verwaltung Änderungen beim Beschlussvorschlag in der Weise ergeben, dass die Flächen für die Erweiterung der A5 in das Eigentum der Gemeinde kommen sollten. Grund dafür sei, dass die Eigentumsrechte die Verhandlungsposition der Gemeinde im Planungsverfahren für die Erweiterung der Autobahn stärken. Deshalb sollten der vorhandene Weg und das Gelände für den zu erstellenden Weg an die Gemeinde zugeteilt werden und die Gemeinde das Gelände erst im Rahmen der Verhandlungen im Planungsverfahren an das Land übertragen. Es könne der Gemeinde helfen, ihre Interessen im Planungsverfahren hinsichtlich Lärmschutz etc. zu verfolgen.

Bauamtsleiter Werner Kleiber stellt die Sachlage anhand der Vorlage beigefügten Planes dar. Er zeigt den benötigten Wirtschaftsweg und die Flächen zur Entwässerung und für Ausgleichsmaßnahmen.

Auf einen entsprechenden Hinweis von **Gemeinderat Dr. Paul Hanke** informiert **Bauamtsleiter Werner Kleiber**, dass Land bzw. Bund lediglich Gelände erwerben können, die Gemeinde jedoch einen Zuteilungsanspruch besitze. Den wolle man ausüben, um im Planungsverfahren als Geländeeigentümer beteiligt zu sein.

Bürgermeister Dr. Eger weist ergänzend darauf hin, dass es wichtig sei, in dem Planungsverfahren eine starke Stellung inne zu haben, um eventuelle Belastungen beim Ausbau des Autobahnkreuzes minimieren zu können.

Bürgermeister Dr. Eger formuliert den Beschlussvorschlag, die Missformen direkt an das Land und die übrigen Flächen für den Weg sowie die Entwässerungs- und Ausgleichsflächen der Gemeinde zuzuteilen.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu, die Missformen direkt dem Land Baden-Württemberg zuzuteilen. Die Gelände für den Wirtschaftsweg sowie die Entwässerungs- und Ausgleichsmaßnahmen werden der Gemeinde St. Leon-Rot zugeteilt.

Mittel für Grunderwerbe im Flurbereinigungsverfahren stehen im Haushalt 2013 zur Verfügung, außerdem stehen noch Restmittel aus 2012 zur Verfügung, die entsprechend zu übertragen sind.

Sitzung am: Dienstag, 19. März 2013 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 6
Wirtschaftsweg im Gewann „Oberfeld/Stegerfeld“, Zufahrt zum Alten Wasserwerk/Albertushof	
hier: Sanierung im Rahmen der Flurbereinigung	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass es beim Ausbau dieses Wirtschaftsweges möglich ist, die Kofinanzierung im Rahmen der Flurbereinigung in Anspruch zu nehmen, was den Anteil der Gemeinde reduziere.

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Gemeinde St. Leon-Rot stimmt der Sanierung des o.g. Weges zu.

Der Gemeinderat genehmigt außerplanmäßige Mittel zur Kofinanzierung in Höhe von voraussichtlich 40.000 €

Der Gemeinderat stimmt der Beauftragung des VTGs zur Durchführung (Planung, Ausschreibung und Bauleitung) zu.

Sitzung am: Dienstag, 19. März 2013 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 7
Kommunale Jugendbeteiligung	

Ausführungen und Beschluss:

Hauptamtsleiter Helmut Braun hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Herr Stefan Lenz, Vorsitzender des Kreisjugendrings Rhein-Neckar, erläutert die Beteiligung des Kreisjugendrings bei diesem Projekt und erklärt, dass seine Organisation dies den Kommunen im nördlichen Rhein-Neckar-Kreis anbiete. Er erklärt, dass seine Organisation nicht in der Lage sei, das Projekt finanziell zu übernehmen. Das Projekt würde begleitet und damit verhindert, dass es zu wissenschaftlich werde.

Gemeinderätin Anneliese Runde begrüßt für ihre Fraktion, dass der 2012 gestellte Antrag aufgegriffen und aufgeführt wird. Bedauerlich sei, dass man auf die Auswertung der Landeszentrale für politische Bildung nicht zurückgreifen könne, müsse diese aber hinnehmen. Die vorgelegte Studie sei sicherlich interessant, ihre Fraktion halte sie jedoch zum derzeitigen Zeitpunkt nicht für erforderlich. Man sei der Meinung, dass durch die Organisationen im Ort hervorragende Arbeit geleistet werde, die von der Gemeinde im Rahmen der Vereinsförderung unterstützt wird. Der vorgesehene Neubau des Jugendzentrums trage weiterhin zur Verbesserung der offenen Jugendarbeit bei. Die Studie brächte auch mit sich, dass das Ergebnis in der Verwaltung weiter-

geführt werden müsse, wofür aber keine Kapazitäten vorhanden sind. Dies zu ändern hätte weiter hohe Folgekosten. Im Jugendbereich setze ihre Fraktion weiterhin auf die Jugendarbeit der Vereine. Es sei nach wie vor Absicht ihrer Fraktion, die Jugendlichen an die politische Arbeit heranzuführen, um in einem Jugendgemeinderat oder ähnlichem Gremium Mitverantwortung und Mitbestimmung zu erproben. Deshalb stelle ihre Fraktion den Antrag, den 2012 gestellten Antrag aufzugreifen und die Erfahrungen von Institutionen und anderen Gemeinden einfließen zu lassen.

Gemeinderat Albert Weinlein erklärt für seine Fraktion, dass wegen der bereits vorgetragenen Argumente auch für seine Fraktion kein Grund bestehe, die vorgeschlagene Studie durchzuführen. Man verweise dazu auf die bereits geleistete Jugendarbeit und den Ausbau der offenen Jugendarbeit. Seine Fraktion schließe sich deswegen der Ablehnung an.

Gemeinderat Benjamin Speckert sieht keinen Grund, die vorgeschlagene Befragung der Jugendlichen durchzuführen. Man lege Wert auf die praktische Arbeit, die weniger in Richtung Jugendgemeinderat, als zu einem „Runden Tisch“ führen solle, an dem alle Jugendarbeit Leistende vertreten sind. Dort könne man im direkten Kontakt die Wünsche und Erfordernisse feststellen, während bei der Studie mit größeren Zeiträumen zu rechnen ist.

Für **Gemeinderat Roland Hecker** greift die Studie das anstehende Thema zu wissenschaftlich auf. Er sehe es genau wie sein Vorredner. Beim „Runden Tisch“ könnten die Jugendlichen direkt angehört, Themen aufgenommen und umgesetzt werden. Deshalb stimme seine Fraktion der Stellungnahme der anderen Fraktion zu und lehne die Studie ab.

Gemeinderätin Andrea Heim sieht ihre Fraktion einig mit den Stellungnahmen der anderen Fraktionen. Die Mittel für die Studie sollten besser direkt in die Jugendarbeit fließen.

Bürgermeister Dr. Eger unterstreicht, dass die Verwaltung Berührungspunkte gesehen habe und erklärt Richtung Herrn Lenz gewandt, dass dieser eine ehrliche Rückantwort seitens der Fraktionen erhalten habe. Dies sei das Wesen der kommunalen Demokratie und er hoffe, dass Herr Lenz dies nicht falsch verstehe. Man werde sich selbst des Antrags annehmen und ausarbeiten, es sei allerdings im Vorfeld der kommenden Kommunalwahl darauf hinzuweisen, dass beabsichtigt ist, das Wahlalter für die Jugendlichen auf 16 Jahre zu senken. Er sehe es als zweckmäßig an, dass darüber schon entschieden sein muss, bevor die Verwaltung an das Thema herangehe.

Abschließend stellt **Bürgermeister Dr. Eger** fest, dass aufgrund der Stellungnahmen kein Beschluss notwendig werde.

Er bedankt sich bei Herrn Stefan Lenz für das Engagement und sein Kommen.

Sitzung am: Dienstag, 19. März 2013 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 8
Fortschreibung Feuerwehrbedarfsplan	
Beschaffung eines Gerätewagens Logistik, von Rollcontainern und eines mobilen Brandschutzsimulators	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Siegfried Köck erklärt für seine Fraktion, dass die bei der Beratung des Haushalts noch vorhandenen Unklarheiten durch die Gemeinderatsvorlage beseitigt wurden. Der vorgelegte Feuerwehrbedarfsplan sei nun auf neuestem Stand. Er geht auf die vorgesehenen Beschaffungen ein und begrüßt, dass wegen der Kosten ein gebrauchter Gerätewagen erworben werden soll, der auch als Umkleide für die Angehörigen der Feuerwehr benutzt werden könne. Erfreulich sei, dass sich die beiden Feuerwehren gegenseitig ergänzen und unterstützen und betont, dass auch Investitionen für die Roter Wehr erfolgen sollten, wenn dies konzeptionell erforderlich werde. Er stimmt für seine Fraktion den vorgesehenen Beschaffungen zu.

Bürgermeister Dr. Eger erwähnt, dass der Feuerwehrbedarfsplan auch für die vorgesehene Beschaffung eines LF 10/6 für die Roter Feuerwehr notwendig ist. Der Zuschussantrag für das Fahrzeug wurde bereits gestellt, der Feuerwehrbedarfsplan muss dafür nachgereicht werden. Für den für die Feuerwehr St. Leon vorgesehenen Gerätewagen gebe es keine Zuschüsse, weil das Fahrzeug gebraucht beschafft werden soll.

Feuerwehrkommandant Marco Lehn betont, dass aufgrund der geringen Kilometerleistung ein gebrauchtes Fahrzeug für die Zwecke der Feuerwehr vollkommen ausreiche, das zudem noch preisgünstig erworben werden kann.

Gemeinderat Achim Schell signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zum fortgeschriebenen Feuerwehrbedarfsplan sowie den vorgesehenen Beschaffungen. Er habe jedoch das Problem mit dem gebrauchten Fahrzeug, weil für diese öfters Reparaturen erforderlich werden könnten. Deshalb sollte man ein neues Fahrzeug beschaffen. Erfreut sei festgestellt worden, dass sich die Feuerwehren bei ihren Fahrzeugkonzepten abgestimmt haben.

Bürgermeister Dr. Eger stellt die finanztechnischen Zusammenhänge dar, wonach bereits 2011 Verpflichtungsermächtigungen für 2012 eingegangen worden waren. Wegen der beiden im Jahr 2012 beschafften Mannschaftstransportwagen sei das weitere Projekt nicht verfolgt worden. Haushaltsrechtliche Probleme hätten dazu geführt, dass 2013 keine Mittel vorgesehen waren, weshalb für die vorgesehenen Beschaffungen überplanmäßige Ausgaben notwendig werden.

Kommandant Marco Lehn geht auf den Zweck des zu beschaffenden Fahrzeuges ein, mit dem das bei Einsätzen erforderliche Material nachgeführt werden soll. Er betont, dass eine zeitliche Verzögerung der Be-

schaffung bei der Feuerwehr zu erschwerten Bedingungen führe, wenn es darum gehe, Feuerwehrleute und Material an die Einsatzstelle zu bringen. Das vorgesehene Fahrzeug sei aufgearbeitet, mit allen erforderlichen Einrichtungen versehen und werde ohne Beladung geliefert. Das Fahrzeug werde eine Gebrauchtwagengarantie haben und etwa 2 bis 4 Jahre alt sein.

Gemeinderätin Birgit Klemenz, Gemeinderat Rudi Heger und Gemeinderätin Andrea Heim stimmen für ihre Fraktionen dem Feuerwehrplan und den vorgesehenen Anschaffungen zu.

Alle Fraktionssprecher bedankten sich in ihren Ausführungen für die bei den Einsätzen und in der Jugendarbeit geleistete Arbeit.

Bürgermeister Dr. Eger stellt den Beschlusspunkt 1 zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat beschließt den fortgeschriebenen Feuerwehrbedarfsplan.**

Bürgermeister Dr. Eger geht auf den 2. Beschlussvorschlag ein und erklärt, dass dieser hinsichtlich des Gerätewagens Logistik und der Rollcontainer auf die Höhe der im Haushalt 2013 enthaltenen Verpflichtungsermächtigungen begrenzt werden soll. Für den Brandschutzsimulator werde eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 5.500 € erforderlich. Er schlägt vor, dass der Kommandant beauftragt wird, für den Gerätewagen Angebote einzuholen und den preiswertesten Gerätewagen auszuwählen.

Der Gemeinderat fasst mit 18 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgenden Beschluss:

- 2. Die für das Jahr 2014 geplanten Anschaffungen (Gerätewagen Logistik, Rollcontainer und Brandschutzsimulator) werden auf das laufende Jahr vorgezogen. Für die Beschaffungen Gerätewagen Logistik und Rollcontainer werden die Mittel auf die im laufenden Haushalt enthaltenen Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2014 begrenzt. Den für die Beschaffung des Brandschutzsimulators notwendigen überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 5.500,00 € wird zugestimmt.**

Der Kommandant wird beauftragt, Angebote einzuholen und das günstigste Fahrzeug auszuwählen.

Sitzung am: Dienstag, 19. März 2013 Nr. 3 Ö

Tagesordnungspunkt: 9

Übernahme des Defizits für das Hallenbad; Betrauungsakt

Ausführungen und Beschluss:

Hauptamtsleiter Helmut Braun hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Sprecher aller Fraktionen stimmen in ihren Ausführungen den Beschlussvorschlägen zu.

Gemeinderätin Susanne Pfeleiderer fragt, wie der Betrieb des Hallenbades laufe.

Hauptamtsleiter Helmut Braun informiert, dass der normale Betrieb durch verschiedene Maßnahmen wie Konzentration von Vereinsbelegungen, Kindergeburtstagen und weiteren Aktionen optimiert werden soll.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass von Anfang an vorgesehen war, das Bad für den örtlichen Bedarf zu bauen.

Gemeinderat Albert Weinlein fragt, ob durch den Ausgleich des Defizits Überschüsse entstehen können, die dann zu versteuern sind.

Hauptamtsleiter Helmut Braun erklärt, dass er sich mit dem Steuerberater darüber schon unterhalten hat und man dies vermeiden werde.

Der Gemeinderat fasst mit 18 Ja- Stimmen, bei 1 Gegenstimme, folgenden Beschluss:

- 1. Der Eigenbetrieb Erholungsanlage St. Leoner See übernimmt den Betrieb und die Unterhaltung des Hallenbades „Badespaß“ zum 31. 03. 2033 auf Grundlage der Erläuterungen in der Begründung dieses Beschlusses. Bei der Übernahme des Bäderbetriebes auf dem Gemeindegebiet handelt es sich nach Auffassung der Gemeinde St. Leon-Rot um eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Sinne des Freistellungsbeschlusses der EU-Kommission (K(2011) 9380). Die Übernahme beginnt mit der Inbetriebnahme des Bades und erfolgt im Interesse der Einwohnerschaft, Schulen und Vereine der Gemeinde.**
- 2. Die Gemeinde wird das Ergebnis der Betriebssparte Hallenbad ausgleichen, soweit die Haushaltslage dies zulässt. Es erfolgen Abschlagszahlungen bis zur Höhe des erwarteten Defizits nach dem Wirtschaftsplan. Ausgleichsfähig ist das festgestellte Jahresergebnis der Betriebssparte Hallenbad. Übersteigt die Summe der Abschlagszahlungen das festgestellte Ergebnis der Betriebssparte Hallenbad hat der Eigenbetrieb Erholungsanlage St. Leoner See die Differenz umgehend an den Haushalt auszuschütten. Die Kontrolle der Finanzierung erfolgt durch den Bürgermeister, der dem Gemeinderat jährlich Bericht erstattet.**
- 3. Der Eigenbetrieb ist verpflichtet, unabhängig von anderen Aufbewahrungspflichten, sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die Ausgleichszahlungen mit den Bestimmungen der Freistellungsentscheidung vereinbar sind, während des Betrauungszeitraums und darüber hinaus mindestens für einen Zeitraum von 10 Jahren aufzubewahren.**

Sitzung am: Dienstag, 19. März 2013 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 10
Umgestaltung Ortsdurchfahrt Rot Maßnahme L – Platzgestaltung Zehntstraße	
hier: Alternative Anordnung des geplanten Fußgängerüberwegs	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger geht in seinen einführenden Worten darauf ein, dass die anstehende Maßnahme bereits in den Gremien und am „Runden Tisch“ besprochen und entschieden wurde. Ein Anlieger habe nun Bedenken vorgetragen, weshalb nochmals eine alternative Planung vorgelegt wird.

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Er verdeutlicht dabei die derzeitige Situation mit Hilfe eines Bildes. Er geht auf die vorgeschlagene Alternativplanung ein, die das Verschieben des vor der Bäckerei befindlichen Fußgängerüberweges Richtung Ortsmitte vorsehe. Diese Änderung halte man jedoch nicht für sinnvoll, weil die Fußgängerbeziehung von der Rosenstraße Richtung Kirrgasse gehe. Außerdem habe die Verlegung Auswirkungen auf die vorgesehene Fahrbahneinengung, die dann nur auf der Nordseite möglich wird.

Sprecher aller Fraktionen sprechen sich dafür aus, bei der Variante 1 zu bleiben und diese zu realisieren. In den Ausführungen wird darauf eingegangen, dass ein Verlegen des Fußgängerüberweges gleich ob Richtung Ortsmitte oder Richtung Blütenweg deswegen keinen Sinn mache, weil dann aus der Rosenstraße kommende Fußgänger die Straße neben dem verlegten Fußgängerüberweg queren und so einen zusätzlichen Gefahrenpunkt schaffen.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass die bisherige Variante bereits beschlossen ist, weshalb es keinen Sinn mache, einen weiteren Beschluss zu fassen. Die Stellungnahmen hätten ergeben, dass keine Änderung vorgesehen ist.

Sitzung am: Dienstag, 19. März 2013 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 11
Umgestaltung Ortsdurchfahrt Rot, 1. Bauabschnitt; hier: Auftragsvergabe	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Er weist darauf hin, dass mit den Maßnahmen des 1. Bauabschnittes Beeinträchtigungen einhergehen werden. Er hoffe, dass es dem ÖPNV möglich sein werde, auch während der Baumaßnahmen pünktlich zu fahren. Er bittet um Nachsicht, wenn dies Probleme geben wird.

Bauamtsleiter Werner Kleiber informiert, dass mit Maßnahmen der Wasserversorgung in den nächsten Tagen begonnen wird. Mit der Umgestaltung werde Anfang Mai begonnen und man gehe von einer Gesamtbauteilzeit von vier Monaten aus. Die Maßnahme Zehntstraße werde unabhängig von den Kreiseln gebaut werden können, jedoch sei es einmal zwei Tage notwendig, die Strecke wegen Belagsarbeiten komplett zu sperren. Es sei ein umfangreicher Umleitungsplan erstellt worden, der sich an der Umleitung für die Kerwe orientiere.

Nachdem die aus dem Gemeinderat gestellten Fragen beantwortet wurden, fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag zur Umgestaltung der Ortsdurchfahrt Rot, 1. Bauabschnitt mit einer vorläufigen Auftragssumme von 659.388,72 € brutto an die Firma Schön & Sohn aus Speyer zu erteilen.

Sitzung am: Dienstag, 19. März 2013 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 12
Allgemeine Information zur planungsrechtlichen Situation bezüglich Windenergieanlagen	

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und weist darauf hin, dass die Information über die planungsrechtliche Situation bzgl. Windenergieanlagen informieren soll. Dies sei notwendig, weil erstmals zu einer Maßnahme in einer Nachbargemeinde in diesem Bereich Stellung zu nehmen ist.

Er schließt den Sachvortrag zum Tagesordnungspunkt 13 an, bei der es um die Aufstellung des sachlichen Teil-Flächennutzungsplans „Windenergie“ der Stadt Waghäusel geht. Festzuhalten sei, dass in den Potentialflächen Probebohrungen zur Wassergewinnung erfolgen werden.

In der Aussprache zeigt sich der Gemeinderat nicht damit einverstanden, die Maßnahmen der Stadt Waghäusel lediglich zur Kenntnis zu nehmen. St. Leon-Rot sei schon genügend beeinträchtigt, so dass man gegen die Maßnahme Bedenken vortragen sollte. Es wird informiert, dass für St. Leon-Rot selbst wohl wenige Flächen möglich sein werden, wenn die Kriterien zur Auswahl dieser Flächen angewandt werden. Auch hier werde es im Bereich „Unterer Lußhardt“ sein. Dabei werden auch die Windgeschwindigkeiten in der Rheinebene eine große Rolle spielen.

Es wird festgehalten, dass die Suche nach Flächen für die Windenergie Ausfluss der Energiewende ist, weil mit dem Strom aus Norddeutschland im Süden wenig angefangen werden kann, wenn die Verbindungsleitungen fehlen. Auch für St. Leon-Rot werde es Veränderungen geben, bei denen man zu steuern versuche, um die richtige städtebauliche Entwicklung zu ermöglichen. Eine komplette Verhinderung wird als nicht möglich angesehen.

Es wird in der Aussprache erkannt, dass St. Leon-Rot an der Grenze nicht nur der Metropolregion liegt, sondern dass jenseits der Grenze ganz andere planungsrechtliche Grundlagen gegeben sind.

Aufgrund der Diskussion formuliert **Bürgermeister Dr. Eger** folgenden Beschlussvorschlag zur Stellungnahme:

- Die Windgeschwindigkeit ist zu überprüfen,
- Ob die Flächen den Gebietsausweisungen entspricht,
- Städtebauliche Bedenken werden unter dem Aspekt geltend gemacht, dass St. Leon-Rot bereits durch die Autobahn betroffen ist,
- Naturschutzrechtliche Bedenken werden geltend gemacht, weil sich die Standorte im Wald befinden,
- Es wird darauf hingewiesen, dass Erkundungsbohrungen für den Neubau von Brunnen vorgenommen werden und sichergestellt sein muss, dass diese wichtigen Versorgungseinrichtungen gewährleistet werden.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Sitzung am: Dienstag, 19. März 2013 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt:	13
Aufstellung des sachlichen Teil-Flächennutzungsplanes „Windenergie“ der Stadt Waghäusel hier: Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB		

Ausführungen und Beschluss:
siehe Tagesordnungspunkt 12.

Sitzung am: Dienstag, 19. März 2013 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt:	14
Ersatzbeschaffung Pritschenwagen für den St. Leoner See		

Ausführungen und Beschluss:

Hauptamtsleiter Helmut Braun hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Nach kurzen Stellungnahmen, in denen das Fehlen von Angeboten anderer Firmen moniert wird, fasst der Gemeinderat mit 14 Ja- Stimmen, bei 5 Gegenstimmen, folgenden Beschluss:

Die Betriebsleitung wird beauftragt, den Auftrag zur Lieferung eines Pritschenwagens, Toyota Hilux single Cab 2.5D – 4D 4x4 5-Gang mit Anhänger-Kupplung zum Preis von 20.000 € netto an die Firma AH Müller, Speyer, zu erteilen.

Sitzung am: Dienstag, 19. März 2013 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt:	15
Verschiedenes		
a) Ergebnisse der Verkehrszählung/-befragung		
b) Lärmkartierung/Lärmaktionsplan		

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass die TRW den Produktionsstandort St. Leon-Rot schließen möchte. Er habe Kontakte zur Betriebsleitung gehabt, den Betriebsrat jedoch nicht erreicht. Es gehen 300 wichtige Arbeitsplätze in der Produktion verloren.

Dazu könne man nur zum Ausdruck bringen, dass der Erhalt dieser Arbeitsplätze wichtig wäre. Leider könne man wohl nicht erreichen, dass die Schließung wie bereits vor 12 Jahren abgewendet werden kann. Jedoch müsse man gemeinsam mit dem Betriebsrat und den Gewerkschaften für den Erhalt der Arbeitsplätze kämpfen. Allerdings werde es von dort nicht als aussichtsreich eingeordnet. Unterstützung seitens des Gemeinderates oder der Gemeindeverwaltung könne nur flankierend erfolgen.

Sitzung am: Dienstag, 19. März 2013 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt:	16
Wünsche und Anfragen		

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Dr. Paul Hanke erinnert, dass er bereits in der Vergangenheit aktiv geworden war, um zu erreichen, dass im Berufsverkehr Verbindungen über den Bahnhof Wiesloch/Walldorf hinaus zum Bahnhof Rot/Malsch geführt werden sollen. Damals sei man wegen einer ausgebauten Weiche abschlägig beschieden worden. Es wurden auch keine Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, obwohl die Züge bis nach Bad Schönborn fahren und dort für die Rückfahrt umgesetzt werden könnten. Er bittet die Verwaltung darum, in dieser Angelegenheit nochmals tätig zu werden, weil diese Züge im Berufsverkehr so voll aus Richtung Karlsruhe kommen, dass ein Zusteigen kaum noch möglich ist.

Bürgermeister Dr. Eger sagt zu, dass die Verwaltung es noch mal aufgreifen werde. Eventuell könne auch der neue Geschäftsführer des VRN unterstützen. Es sei nicht nachvollziehbar, dass keine Reaktion erfolge, obwohl das Fahrgastvolumen gegeben ist, sodass dies sicherlich auch wirtschaftlich darstellbar wäre.

Gemeinderat Adolf Geider spricht die Erdhügel beim Regenrückhaltebecken an, die inzwischen eingeebnet worden sei. Nach seinen Informationen handle es sich dort um ein Hochwasserschutzgebiet. Er bittet zu prüfen, ob die Erdhügel eingeebnet werden könnten oder das Material nicht hätte weggefahren werden müssen.

Bürgermeister Dr. Eger sagt zu, die Sache aufzugreifen.

Gemeinderat Adolf Geider bittet darum, die Maßnahme Umgehung St. Leon mit der vorgesehenen Verkehrszählung zügig durchzuziehen. Im Vorfeld von Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen wolle er als Gemeinderat wissen, wer für bzw. gegen eine Umgehung St. Leon sei.

Bürgermeister Dr. Eger sagt die zügige Behandlung zu. Zu berücksichtigen sei dabei auch, ob die Maßnah-

me im Generalverkehrsplan bleibe. Die weitere Diskussion auch nach Vorlage des Ergebnisses der Verkehrszählung sei abhängig von den Rahmenbedingungen, die das Land vorgibt.

Gemeinderat Roland Hecker fragt, ob im Hallenbad größere Umkleidekabinen vorhanden sind, in denen sich Eltern mit Kind gemeinsam umkleiden können.

Bürgermeister Dr. Eger bejaht dies und erklärt, dass diese besser ausgeschildert werden sollen.

Gemeinderat Roland Hecker informiert, dass eine Familie bei ihrem zweistündigen Badbesuch festgestellt habe, dass die Bademeister immer hinter Glas waren. Er fragt, ob die Aufsichtsführenden alle sicherheitsrelevanten Bereiche einsehen können.

Hauptamtsleiter Helmut Braun antwortet, dass dies durch die installierten Kameras gewährleistet ist. Er werde die Mitarbeiter darauf hinweisen, dass sie Rundgänge vornehmen und am Becken präsent sind.

Gemeinderat Siegfried Köck spricht den tödlichen Motorradunfall am 09.03.2013 auf der Umgehungsstraße an. Er bittet die Verwaltung, gemeinsam mit dem Land bei der nächsten Verkehrsfahrt zu überlegen, was hinsichtlich Kurven und Geschwindigkeit getan werden kann. Er bittet die Verwaltung um Rückmeldung.

Bürgermeister Dr. Eger äußert Verständnis für die Trauer der Angehörigen. Es sei nicht beabsichtigt, die Tragik des Ereignisses zu schmälern. Er bittet darum, dies hier nicht zu diskutieren, weil es sich bei jedem Unfall um ein individuelles Ereignis handle. Es gehe dabei auch um Eigenverantwortlichkeit und das Einhalten allgemeiner Regeln. Wenn man feststellen könne, dass bei Einhaltung der Regeln das Ereignis nicht geschehen wäre, bestehe auch keine Notwendigkeit für Änderungen. Wegen damit zusammenhängender Weiterungen wolle er diesen Unfall nicht öffentlich diskutieren. Am Unfallort bestehe bereits eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 70 km/h. Er wolle auch daran erinnern, dass man die Hauptstraße verkehrsberuhige, was allerdings nur dann Erfolg haben könne, wenn das Benutzen der Umgehungsstraße keinen wesentlichen Zeitverlust mit sich bringe. Bei der Entscheidung der Gemeinde wurde die ortsfernste Variante bewusst gewählt, auch wenn damit eine geringere Entlastung zu erreichen war. Man sollte den Unfall als Einzelfall nicht zum Auslöser von verkehrsrechtlichen Überlegungen heranziehen, weil dann auch über die Schuldfrage gesprochen werden muss, was er öffentlich nicht wolle.

Auch **Gemeinderat Siegfried Köck** will keine öffentliche Diskussion. Er bittet jedoch darum, bei einer Verkehrstagfahrt zu prüfen, ob die Schilder richtig aufgestellt und weitere Vorgaben eingehalten sind.

Laut **Bürgermeister Dr. Eger** stellt sich dann auch die Frage, was derjenige anders hätte tun können, damit es nicht dazu gekommen wäre.

Bürgermeister Dr. Eger stellt den Vorschlag von **Gemeinderätin Andrea Heim** zur Abstimmung, ob der nichtöffentliche Teil morgen behandelt werden soll.

Der Vorschlag wird von 7 Gemeinderäten unterstützt, die Mehrheit spricht sich dagegen aus.

Die Sitzung wird deshalb nach einer kurzen Pause nichtöffentlich fortgesetzt.

-/-

(*) wegen des Datenschutzes gestrichen